

ENERGIE

CEGEDEL-FUSION

Energie unter Kontrolle?

Raymond Klein

Bei der Bildung eines neuen luxemburgischen Stromkonzerns spielen vor allem Geld und Macht, kaum aber Umwelt und Soziales eine Rolle.

Umweltfreundliche Stromerzeugung, Erhalt von einigen Hundert Arbeitsplätzen, langfristige Kontrolle der Energieversorgung. Ein Artikel zur Cegedel-Fusion könnte beinahe sinnlos erscheinen zu einem Zeitpunkt, da die Weltwirtschaft am Rand des Abgrunds steht. Andererseits, falls die Krise überwunden wird, behält das Thema seine Wichtigkeit. Und falls nicht, liefert diese Fusion immerhin ein weiteres Lehrstück dafür, wie sich die Politik von der Wirtschaft weitgehend hat entmachten lassen.

„Die neue Struktur hat die notwendige Größe, (...) um ihre Aktivitäten bei den erneuerbaren Energien zu verstärken.“ Dieser Satz findet sich in der offiziellen Mitteilung des Ministeriums vom 23. Juli zur grundsätzlichen Einigung („Memory of Understanding“, MOU) über den Zusammenschluss von Cegedel, Soteg und Saar-Ferngas. Hauptaktionäre der neuen Firma, provisorisch „Newco“ genannt, sollen Staat und Arcelor-Mittal werden. Das Zitat klingt vielversprechend, leider steht es im achten Abschnitt des Pressetextes, weit hinter den anderen Aspekten der Fusion. Mit anderen Worten: Die Antwort auf die größte energiepolitische Herausforderung, die Klimaproblematik, rangiert unter „ferner liefern“. Klare Abmachungen zwischen der Regierung und

dem künftigen Energiekonzern über einen Ausbau der Ökostromerzeugung scheint es nicht zu geben.

Gelb ja, grün vielleicht

Klar ist dagegen, dass verstärkt Atomstrom aus Luxemburger Steckdosen kommen wird. Bisher werden die Haushaltskunden über das Cegedel-Netz beliefert, in dem der meiste Strom vom deutschen RWE-Konzern kommt, mit einem hohen Kohlekraftanteil. Obwohl dieser Strom sehr klimaschädlich ist, scheint er in Luxemburg akzeptabler zu sein als der seit Remerschen und Cattenom verhasste Atomstrom - der im RWE-Mix „nur“ ein Viertel ausmacht. Anders als die Cegedel-Kunden sind die meisten Industrieanlagen über von Arcelor-Mittal kontrollierte Leitungen ans belgische Netz angebunden und beziehen überwiegend französischen, zu vier Fünftel nuklearen, Strom. Dies erklärt ihr Interesse an einer Direktanbindung an das französische Stromnetz, der umstrittenen „Cattenom-Leitung“ (siehe woxx Nr. 799 und 829). Der von Wirtschafts- und Energieminister Jeannot Krecké unterstützte Bau dieser Leitung wie der Zusammenschluss der beiden Netze im Rahmen der Fusion dürften zu einer stärkeren energiepolitischen Anbindung an Frankreich führen - auch wenn die Einbeziehung der Gasfirmen Soteg und Saar-Ferngas diesem Trend ein wenig entgegenwirkt.

In der Mitteilung zum MOU steht die Absicherung der Arbeitsplätze

immerhin als zweitwichtigster Punkt, gleich hinter der Absicherung der Energieversorgung, wie es sich für einen sozialistischen Minister gehört. Auch hier bleibt unklar, ob die häufig angeführten „Synergien“ in der Newco nicht zu einem Abbau von Arbeitsplätzen führen können. Andererseits stimmt, was Krecké in einem Interview in der Septemhernummer von Forum anführt: „Es könnte ja auch morgen ein großer Konzern nach Luxemburg kommen und versuchen, auf höchster Rentabilitätsebene das Ganze zu betreiben. Ich bin mir sicher, dass es dann zum Abbau von Arbeitsplätzen kommen würde.“

Der dritte Punkt im Presstext berührt ebenfalls einen sozialen Aspekt: Ziel sei es, kompetitive Energiepreise zu erreichen, sowohl für die Industrie- als auch für die Haushaltskunden. Dieses „sowohl als auch“ ist allerdings konfliktträchtig. Zwar wird die Newco Mengenrabatte bei den Stromerzeugern aushandeln können, doch Arcelor-Mittal - Teilhaber und Kunde zugleich - wird darauf drängen, zu möglichst günstigen Bedingungen beliefert zu werden. In einem recht kritischen Artikel im CGFP-Journal vom Mai dieses Jahres wird darauf hingewiesen, dass die europäische Liberalisierung bestenfalls den Strom für gewerbliche Großabnehmer verbilligt hat, nicht aber für Privatkunden. Außerdem seien den an der Fusion beteiligten Firmen Unkosten entstanden für Rechts- und Wirtschaftsberater. Schlussfolgerung des Autors: „All

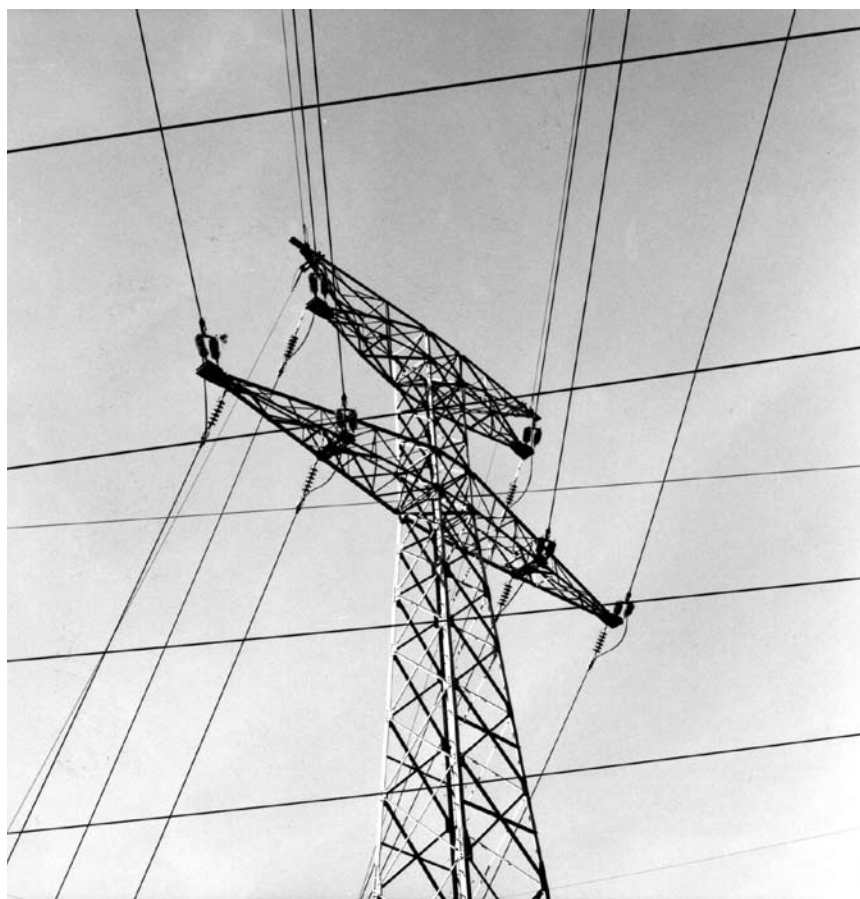
die Monopoly-Spieler aber denken, sich schadfrei zu halten. Mit tausendprozentiger Sicherheit sind es also die Luxemburger Verbraucher, welche die Zeche bezahlen. Ob sie wohl eine sinnvolle Gegenleistung dafür erhalten werden?“

Welche Gegenleistung das sein sollte, ist eigentlich klar: Die öffentliche Kontrolle über die Luxemburger Energieversorgung, insbesondere über die Strom- und Gasnetze. Für Überraschung hatte im Juli 2005 der Vorschlag des grünen Europaabgeordneten Claude Turmes gesorgt, die Netze notfalls zu verstaatlichen. Sein vom Wirtschaftsminister bestellter Bericht „Energie für d'Zukunft“ begründete diese Forderung mit der Notwendigkeit der Versorgungssicherheit und der Gleichbehandlung aller Stromanbieter (woxx Nr. 807). Jeannot Krecké hatte zwar in den achtziger Jahren als Juso die Verstaatlichung der Arbed gefordert, sich aber seither als eher wirtschaftsfreundlich profiliert. Nichtsdestotrotz griff er Turmes' Vorschlag einer öffentlichen Kontrolle der Netze auf, wollte diese aber auf dem Verhandlungsweg erreichen.

Saar-Ferngas-Manöver

Bei den vor über drei Jahren begonnenen Verhandlungen ging es anfangs darum, die Stromnetze von Cegedel und Arcelor-Mittal zusammenzulegen. Die Soteg, der die grenzüberschreitenden Gasleitungen gehören, wurde einbezogen, um den Deal auf den

FOTO: CHRISTIAN MOSAR



Zweck: Hochspannungsnetze verbinden. Mittel: Energiefirmen verschmelzen.

Energieträger Erdgas auszuweiten. Außerdem sind, neben dem deutschen Eon-Konzern, die Sotel-Hauptaktionäre wiederum Arcelor-Mittal und der Staat. „Plötzlich“ habe sich auch noch die Möglichkeit geboten, mit Saar-Ferngas zusammenzuarbeiten - so jedenfalls Kreckés Darstellung im bereits erwähnten Forum-Interview.

Diese „Möglichkeit“ bot sich deshalb, weil Arcelor-Mittal besagtes Unternehmen übernommen hatte. Ein glücklicher Zufall? Eher ein kluger Schachzug des Stahlgiganten, um seinen Anteil in der künftigen Newco zu erhöhen - der ja davon abhängt, wie viel jeder Partner in die Fusion einbringt. Von einer „seconde OPA sur le Luxembourg“ ging gar in einem Land-Artikel vom 14. März dieses Jahres die Rede. Die Wirtschaftsjournalistin Véronique Poujol fragte: „Wird der Staat seine 45 und 31 Prozent bei Cegedel und Soteg verramschen und gegen einen Klappstuhl in der zukünftigen Firma eintauschen?“

Ganz so schlimm ist es nicht gekommen, wie die im Rahmen des MOU veröffentlichten Zahlen belegen: Zu 25,3 Prozent soll die Newco Arcelor-Mittal gehören, der Staat dagegen 28,3 Prozent halten, und zusätzliche 10,8 Prozent über die nationale Investitionsgesellschaft SNCI. Wird damit nicht trotzdem das von Krecké verkündete Ziel einer staatlichen Kontrolle über die Energienetze verfehlt? Doch das MOU enthält Bestimmungen, die nicht publik gemacht wurden. Wahrscheinlich wird die Newco

aus einer Tochter für den Handel mit Energie und einer Netzbetreiber-Tochter bestehen, mit differenzierten Kapitalverteilungen - mehr Staat beim Netz, und weniger beim Handel. Gegenüber Forum gab sich Krecké optimistisch: „Wenn die Gemeinden hinzukommen, wird die öffentliche Hand die Netzsparte mehrheitlich halten können.“ Gemeint sind Gemeinden und deren Zusammenschlüsse, denen ein Dutzend Strom- und Gasnetze von Esch bis Vianden gehören, und die das Ministerium in der Newco haben möchte.

Darüber hinaus erhofft sich Krecké wohl von den anderen Partnern in der Newco eine Stärkung seiner Position gegenüber Arcelor-Mittal: Die Konzerne Electrabel, Eon und RWE sollen Anteile zwischen fünf und zwanzig Prozent halten. Die komplizierte Finanzmontage scheint aber zu funktionieren. So hat sich die Investment-Holding Luxempart einen Tag nach Verkündung des MOU bereit erklärt, ihr Cegedel-Aktienpaket wie vorgegeben an die RWE zu veräußern.

Dabei hatte es gerade von dieser Seite Kritik gegeben, als im vergangenen Januar erste Informationen über die Dreier-Fusion öffentlich wurden. In einem offenen Brief im Wort vom 11. Februar hatte der Präsident von Luxempart Gaston Schwertzer vor einem Ausverkauf der Cegedel gewarnt und den Sinn einer Partnerschaft mit Saar-Ferngas angezweifelt. Vor allem schien es ihm um seine Kunden zu gehen, für die in der Newco kein Platz

vorgesehen ist: „Die kleinen Sparer sind zahlreich und treu. Ein Rückzug von der Börse werde nicht gut ankommen“, hatte er gewarnt.

Worum es wirklich geht

Die Entrüstung im Namen der „treuen kleinen Sparer“ mag man ihm nicht so ganz abkaufen. Zum einen weil es sich größtenteils um Besserverdienende handelt, deren Entscheidung für Luxempart weniger mit Patriotismus als mit den steuerlichen Vorteilen zu tun hat. Zum anderen, weil Gaston Schwertzer als ehemaliger Cegedel-Vizepräsident wohl auch für andere Interessen und Loyalitäten steht. So spekuliert ein weiterer Land-Artikel vom 16. Mai, diesmal von der Wirtschaftsjournalistin Michèle Sinner, über die enge Beziehung von Cegedel-Generaldirektor Romain Becker zur „Luxempart-RWE-Partei“. Dass die Empörung über Arcelor-Mittals Saar-Ferngas-Manöver mehr mit den Interessen der RWE als mit jenen der Kleinaktionäre zu tun hat, erscheint plausibel. Der deutsche Konzern ist, wie seine Konkurrenten im liberalisierten europäischen Energiemarkt, auf Expansionskurs. Als langjähriger Zulieferer der Cegedel und Anteilseigner in diversen luxemburgischen Energiefirmen dürfte man in der RWE-Chefetage mehr als einmal darüber nachgedacht haben, sich die Cegedel und damit den luxemburgischen Markt ganz einzuverleiben. Der Newco-Deal verhindert genau das.

Wohl weil man es sich aber mit den Großen nicht ganz verderben darf, hat man dem Stromkonzern immerhin den stolzen Anteil von 19,8 Prozent an der Newco überlassen. Ob nicht auch die Position von Jeannot Krecké im Energieministerrat damit zusammenhänge, mutmaßt Michèle Sinner. Der Wirtschaftsminister hatte nämlich den Gegnern der Entflechtung von Stromkonzernen zu einer Sperrminorität verholfen - ein Tauziehen, bei dem Deutschland und Frankreich - und nun auch Luxemburg - die Interessen der Konzerne gegen die Vorhaben der EU-Kommission verteidigt.

Mit der Fusion solle ein starker regionaler Akteur im Energiesektor geschaffen werden um das öffentliche Interesse zu wahren, so die offizielle Aussage. Doch die volkswirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekte des Vorhabens treten in den Hintergrund angesichts der gewaltigen finanziellen und machtpolitischen Kämpfe, die in diesem Sektor ausgetragen werden. Was als eine vom Luxemburger Staat eingefädelte Operation dargestellt wird, gleicht eher einem Ritt des Ministers auf den riesigen Sandwürmern des Dune-Universums - ein Ritt, der jederzeit zwischen den scharfen Zähnen der Ungetüme enden kann.